

Schluss der Finanzkonferenz.

Nachprüfung durch Frankreich.

Paris, 15. August. (W. Z. B.) Die „Matin“ mitteilt, es ist wahrscheinlich, dass die französische Regierung das technische Abkommen der Finanzkonferenz, dem die französischen Sachverständigen zugestimmt haben, einer Nachprüfung unterziehen werde.

Die interalliierte Finanzkommission hat in der letzten Nacht ihre Arbeiten beendet. Es wurde ein Dokument unterzeichnet, dem die Vertreter Frankreichs und Japans unter dem Vorbehalt der Zustimmung ihrer Regierungen zustimmen haben. Dieses Abkommen regelt zunächst die Verteilung der ersten von Deutschland gezahlten Milliarde, die zum Teil zur Bezahlung der englischen Belegungslohn, zum Teil zur Bezahlung der belgischen Prioritätsschuld an der ersten Rente dienen soll. Die von Deutschland bis zum 31. August 1922 über Rotterdam und Antwerpen gezahlte Rente, die bisher zum englischen Exportzins verzinst wurde, soll zum belgischen Zinsfuß berechnet werden. Frankreich erzielte dadurch im August einen Vorteil von 140 Millionen Goldmark durch das Abkommen.

Schließlich haben die Mitglieder der Finanzkonferenz beschlossen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um in dem Maßstab die bedeutenden Schwankungen zu vermeiden, die dadurch hervorgerufen werden können, das Deutschland Operationen vornehmen muss, um sich die fremden Devisen zu beschaffen, die es an die alliierten Mächte bezahlen muss.

Nach dem „Tamps“ soll die von der interalliierten Finanzkonferenz angenommene Grundstruktur der letzten Rente für einen Soldaten der Belegungsarmee der bisherigen Höhe für einen französischen Soldaten — ungefähr 16 francs täglich — sein. Zu dieser Grundstruktur kommt ein Zuschlag von zwei Goldmark für einen englischen Soldaten und von drei Goldmark für einen amerikanischen, wegen der Entfernung dieser beiden letzten Armeen von ihren Heimatländern.

Amerikas Friedensverträge.

Eine Erklärung Harbings.

Chicago Tribune, 14. August. Die „Chicago Tribune“ meldet aus Washington, Präsident Harding habe einigen Senatoren erklärt, dass der Friedensschluss mit Deutschland reich Gehalt annehme. Wahrscheinlich werde er allerdings vor Dezember nicht im Senat eingebracht werden. Senator Harbo, ein von dem Präsidenten die Mitteilung erhalten haben, dass der Vertrag sich auf die Resolution S. No. 207 unter mit ihren Bestimmungen zur Wahrung der amerikanischen Rechte auf Grund der früheren wirtschaftlichen Abmachungen der Alliierten anfechtbar würde. Gleichzeitig soll mit der Ausarbeitung der Friedensverträge mit Ungarn und Österreich begonnen werden sein. Die formelle Friedensproklamation werde vermutlich bis zur völligen Fertigstellung des deutschen, des ungarischen und des österreichischen Friedensvertrages aufgeschoben werden. Als Grundlage des Vertrags mit Österreich werde der Friedensvertrag von Trianon dienen, als Grundlage des Friedens mit Ungarn der von Szegedin.

Deutschland muß in den Völkerbund.

Eine englische Stimme.

London, 15. August. (W. Z. B.) „Observer“ schreibt, solange Deutschland aus dem Völkerbund ausgeschlossen sei, sei die geistige Kraft des Landes gleich Null.

Warschauer Besorgnisse.

Eine Note an die Mächte.

Paris, 14. August. (W. Z. B.) Nach einer Sonder-Meldung aus Warschau hat der Ministerpräsident in einer außerordentlichen Sitzung beschlossen, an die alliierten Mächte eine Note zu richten, in der erklärt wird, daß die Regierung der Befreiung der oberösterreichischen Frage keinen Einfluß wieder auf zu machenden Ratifizieren verleihe. Die Bestätigung des Völkerbundes an den Völkerbund verstände in unmittelbarer Weise den Zustand der Ungewißheit, in der sich gegenwärtig die oberösterreichische Bevölkerung befindet, denn der Vertrag die vollständige Einrichtigung einer inneren Verwaltung auf unbestimmte Zeit.

Bonomi glättet die Wellen.

Eine Unterredung.

Paris, 15. August. (W. Z. B.) Bonomi erklärte einem Mitarbeiter des „Zeitungsverstärker“, es wäre ein großer Irrtum, die Bereinigung der oberösterreichischen Frage an den Völkerbund als Bedingung für Frankreichs anzusehen. In dieser Frage gebe es weder Siege noch Defekte. Man dürfe nicht sagen, daß die Alliierten des Völkerbundes im wesentlichen im richtigen Sinne ausfallen werde. Die italienische Regierung werde ihrem Vertreter im Völkerbund die größte Freiheit lassen.

Wirtschaftsministerium in Triest. Gestern begann die Feier des vierzigjährigen Jubiläums des Kaisers Wilhelm. Die Vertreter der Behörden im Wirtschaftsministerium, die dem Völkerbund verkleinert sich die an allen Stellen der Tätigkeit zusammengekommen Teilnehmer der Feier zu einem großen Festzug durch die Straßen der Stadt. Gold der Bischofsof erreicht war, in dem der Bischof auf einer Tribüne Platz genommen hatte, stimmte der Festzug unter dem Geläute der geläuteten Kirchenorgeln den andernorts abgehalten. Am Zuge befanden sich 30-40 000 Männer. Die Feier schloß am Abend mit einer Extravaganza der vereinigten Triester Sänger.

Verhandlung in der Mannheimer Metallindustrie. Zur Lohnbewegung in der Mannheimer Metallindustrie: durch Dr. Z. B., daß die Verhandlungen zur Verständigung und zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages geführt haben.

Ernstes Stand der Irlandfrage.

Der Briefwechsel zwischen Lloyd George und De Valera. — De Valera fordert absolute, auch militärische Unabhängigkeit. — Kommt die Einigung?

London, 15. August.

In den Friedensverhandlungen zwischen England und Irland ist, wie die Blätter melden, nach der Ablehnung der Vorschläge der britischen Regierung durch De Valera eine sehr ernste Lage entstanden. Dem „Daily Chronicle“ zufolge wird in den politischen Kreisen die Entschlossenung über diese Wendung zum Ausdruck gebracht. Alle Augen seien jetzt auf die morgige stattfindende Sitzung des Sinnfeiner Parlamentes gerichtet, die für die unmittelbare Zukunft entscheidend sein werde. Die Tür für eine Regelung steht noch offen. „Daily Herald“ nimmt an, daß das Sinnfeinerparlament beschließen wird, das Angebot der britischen Regierung dem irischen Volk zur Abstimmung zu unterbreiten.

Gestern Abend wurde in London der zwischen Lloyd George und De Valera geführte Briefwechsel veröffentlicht. Die englische Regierung gibt zunächst den Brief Lloyd Georges vom 20. Juli bekannt, in dem Lloyd George die irischen Vorkämpfer einmündet, die sich um das Gebiet der englischen Dominions Irlands und das westliche Gebiet der irischen Insel, die irische Republik, mit allen Rechten angeboten: Steuerfreiheit, Selbstbestimmung, freie Wahl der Gerichte und Richter, das Recht der Gebrauchsrechte der irischen Bevölkerung ihres Landes, Autonomie ihrer Gendarmerie, Polizei, Post, Telegraphie, ihres Ackerbaus, des öffentlichen Unterrichts usw. Aber die englische Regierung kann alle diese Zugeständnisse nur unter folgenden Bedingungen machen: der künftigen irischen Republik muß das Recht zustehen, die Meere, die Inseln umgeben, zu kontrollieren. Sie muß alle Erleichterungen erhalten, welche Hafen zu betreten und an der irischen Küste zu manövrieren, Irland muß, das sich nunmehr in der Welt bei den Völkern geltend macht, sich auch bei der Rückkehr seiner Armeen gewisse Beschränkungen auferlegen damit diese in einem bestimmten Verhältnis zur englischen Flotte verhalten. Irland muß sich das Recht vor, in Irland Luftschiffverbindungen anzulegen und alle Maßnahmen zu treffen, um auch in Irland die Verteidigung Englands in dieser Hinsicht sicherzustellen. England hofft, daß Irland in wirtschaftlichen Angelegenheiten der englischen Kräfte beitragen werde. Das irische Volk wird ferner vollkommene finanzielle Freiheit haben. Damit aber in Zukunft zwischen England und Irland keine wirtschaftlichen Schwierigkeiten entstehen, verpflichten sich beide, keine Schutzzölle einzuführen. Das irische Volk übernimmt ferner einen Teil der englischen Staatsschulden und wird auch an der Zahlung der Pensionen für die Kriegsbeteiligten teilnehmen. Lloyd George erklärt, daß diese Vorschläge für die Aufhebung der in dem irischen Vertrag von dem englischen und irischen Parlament ratifiziert werden sollen. Er fordert endlich, daß alle bestehenden Verträge des Verhältnisses von Irland und die Befreiung von Irland von den Sinnfeinern anerkannt werden sollen.

Zu seinem Briefe vom 10. August erklärt De Valera, daß er nach Betragen nicht in England sei, die von England gemachten Angebote anzunehmen. Irland habe das Recht, den Weg zu wählen, der ihm beste erscheint. Das irische Volk soll über seine eigene Zukunft frei entscheiden. Das irische Volk wird in den politischen Angelegenheiten nicht verpflichtet werden müssen. Dieser Sinnprinzipale würde sich auf ein moralisches Recht. Irgeendwie Verpflichtung sei damit für niemand verbunden. Die irische Freiheit sei das einzige Mittel, um freundschaftliche Beziehungen zwischen Irland und England herzustellen. Irland werde niemals die Basis für einen Angriff gegen England bilden. Sollte irgeendwie Verpflichtung in dieser Hinsicht bestehen, so erklärte sich Irland bereit, vollständige Garantien zu geben, soweit sich diese mit der irischen Souveränität vereinbaren lassen. Lloyd George erklärte sich, wenn er annehme, daß die in seinem letzten Briefe verbotene Befreiung der Dominions sich auf Irland anwenden sollte. Die Dominions unterscheiden sich von Irland durch die größere Entfernung von ihrem Mutterlande. Irlands Lage sei also nicht die der Dominions gleich, und die Vorschläge der englischen Regierung können nur Irlands im Gegensatz zum Kriegszustand unterstützen müsse und somit im Hinblick auf die Unabhängigkeit von England verbleibe. Die Frage der teilweisen Abkehrung und der Handelsverträge mit De Valera seien nicht abhängig von der irischen Unabhängigkeit. Lloyd George bereit, jeden gemachten Vorschlag zu erörtern, der mit der Unabhängigkeit Irlands vereinbar sei. Auch eine Teilnahme Irlands an der Befreiung der englischen Dominions lehnt De Valera nicht ab, sondern fordert, daß ein Schiedspruch, was die Lage von Irland anbetreffend, läßt er, daß nur das irische Volk ein Recht habe, diese Fragen zu lösen. Einmal könne nicht zwischen der englischen Regierung ein Recht bestehen, um den Willen irgendeiner Partei dementlich zu sein. De Valera erklärt zum Schluß, daß die Sinnfeiner die irische Frage von der Befreiung des irischen Landes einer auswärtigen Macht zu unterbreiten. Auf diesen Brief erwiderte die englische Regierung: Antwort, die im vorliegenden Rohentwurf vorliegt, werden wir die von Lloyd George in seinem Briefe gemachten Vorschläge bleiben zwar weitest aufrechtzuerhalten, doch erklärt Lloyd George, daß Änderungen in Einzelheiten wohl möglich seien. Doch könne die englische Regierung in der irischen Frage gegenüber einem Kompromiß in der Frage der Rechte der Krone über Irland nicht zum Stillstand irgeendwie Förderung, die darauf hinzielt, Irland seiner Krone gegen die Krone zu entbinden, konnte nicht angenommen werden. England müsse es auch unbedingt ablehnen, irgendeine Forderung, die nur England und Irland betrafen, dem Schiedspruch einer auswärtigen Macht zu unterbreiten. Auch namentlich in der Frage von Ulster könne ein solcher Kompromiß nicht angenommen werden. Lloyd George läßt schließlich die politische Zukunft Irlands, die die Sinnfeiner die irische Frage auf die irische Regelung auf den vorgeschlagenen Bedingungen annehmen mögen. Er erklärt sich bereit, die Einzelheiten der Anwendung derselben weiter zu erörtern, sobald eine prinzipielle Annahme seiner Vorschläge erfolgt sein wird.

Die Schlussfikung des Obersten Rates.

Die Debatte über die Sanktionen. Die Rede Curzons. — Die Note des Obersten Rates über Oberschlesien. — Jhis Mission.

Paris, 14. August. (W. Z. B.)

Über die letzte Sachmittagsitzung des Obersten Rates verbreitet Ganos folgende Mitteilung: Die Sitzung war durch die Befreiung der Befreiungsgeschäften und der Sanktionen angefüllt. Die finanziellen Sachverständigen haben die Befreiungsgeschäfte als zu hoch erachtet. Lord Curzon erklärte, daß dieser Zustand der zu hohen Kopffärke der Befreiungstruppen aufzuführen sei. Der Oberste Rat war jedoch insgesamt der Ansicht, daß es sich nicht um eine Frage der Mannschäfte handele, sondern um den zu hohen Stellenwert für jeden einzelnen Soldaten. Der italienische Finanzminister Colletti wies dann darauf hin, daß die Zivilkommissionen noch sehr feilschelig seien. Irland und Japan schlossen sich dieser Ansicht an. Der Oberste Rat beschloß darauf, sowohl die Frage der Befreiungsgeschäfte pro Kopf als auch die der Zivilkommissionen durch einen Ausschuss untersuchen zu lassen, der bis zum 1. November bestimmte Vorschläge unterbreiten sollte. Die Befreiungsgeschäfte wandten sich dann den Sanktionen zu. Douchet gab eine Darstellung der Angelegenheit und erinnerte an die Erklärung vom 6. März dieses Jahres, nach der Voraussetzung für die Aufhebung der in dem irischen Vertrag von dem englischen und irischen Parlament ratifiziert werden sollen. Er forderte endlich, daß alle bestehenden Verträge des Verhältnisses von Irland und die Befreiung von Irland von den Sinnfeinern anerkannt werden sollen.

für alle Waren der Alliierten, die nach dem besetzten Gebiet gehen sollten, eine Einde gemacht werden soll. Die militärischen Sanktionen dagegen, selbst Loucheur, müssen aufrecht erhalten werden. Zu seiner Antwort stellte Lord Curzon die Sanktionen von einer anderen Seite dar. Die Sanktionen müßten nach ihm in vollem Umfang aufgehoben werden, da Deutschland das Ultimatum der Alliierten angenommen hat. Curzon verführte, daß die Haltung Deutschlands hinsichtlich der Entschaffung der Reparationen, und da die Beilegung vollständig festgelegt hat, auch hinsichtlich der Kriegsbeteiligten, freier gewesen sei. Die Sanktionen, fuhr er fort, seien eine vollständige Angelegenheit. Sie seien das deutsche Nationalgefühl. Schließlich mußte das Kabinett sich für eine Entscheidung der militärischen Sanktionen. Darauf ergriff Briand das Wort. Er legte auseinander, daß die französische Regierung keineswegs die militärischen Sanktionen von Jülichdorf, Aachen und Duisburg für unannehmlich Zeit aufrecht zu erhalten wünsche. Es sei im Gegenteil ihre Wunsch, sobald wie möglich die Befreiungstruppen zurückzuführen. Die französische Regierung sei ausnahmslos dem Standpunkt der französischen Regierung erinerte Briand daran, unter welcher Umständen die Sanktionen beschaffen wurden. Es sei notwendig gewesen, die Stärke zu demonstrieren, um in der Frage der Reparationen die Aufhebung der Befreiungstruppen zu erlangen. Die Wirkung sei eingetreten. Das Kabinett sei zurückgetreten und durch Dr. Wirth ersetzt worden, der sich bemühe, die Verpflichtungen seiner Regierung ehrlich zu erfüllen. Es bleibe eine große Befreiung, das Kabinett wird ferner zugunsten eines reaktionären Kabinetts gestürzt werden. Dann würde die verführte Aufhebung der Sanktionen zu einer Spannung führen. Die französische Regierung schlage indessen, da die deutsche Regierung sich bemühe, ihre Verpflichtungen zu halten, selbst die Befreiungstruppen zurückzuführen. Die Sanktionen unter den von Loucheur angeführten Bedingungen vor. Was die militärischen Sanktionen betrifft, so sei die Stunde für eine Aufhebung der Befreiungstruppen im Sinne Loucheurs. Nach dieser Rede beschloß der Oberste Rat im Sinne Loucheurs, bezüglich der in Deutschland arbeitenden Kontrollkommissionen.